

**Controlling des Eckdatenbeschlusses für das
Haushaltsjahr 2019**

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 12591

1 Anlage

**Bekanntgabe in der gemeinsamen Sitzung des Gesundheitsausschusses und des
Umweltausschusses
vom 18.10.2018**
Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 21.02.2018 wurde zur Optimierung der Haushaltssteuerung durch den Stadtrat ein neues Haushaltsplanaufstellungsverfahren festgelegt. Danach sind die Referate verpflichtet, ihren jeweiligen Fachausschüssen über alle für das 2. Halbjahr 2018 geplanten Beschlussvorlagen mit personellen und/oder finanziellen Auswirkungen für die Jahre 2019 ff. in Form einer Bekanntgabe zu unterrichten.

Diese Bekanntgabe erfolgte für das Referat für Gesundheit und Umwelt am 19.06.2018 in der gemeinsamen Sitzung des Umwelt- und Gesundheitsausschusses.

Mit Beschluss der Vollversammlung vom 25.07.2018 hat die Stadtkämmerei den Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 eingebracht.

Die Erhöhungen der konsumtiven Auszahlungen und die Ausweitung der Personalstellen auf Grundlage der von den Referaten geplanten Beschlüsse wurde auf stadtweit 683 VZÄ begrenzt, zuzüglich 147 VZÄ, die refinanziert werden. Die Steigerung der konsumtiven Auszahlungen (ohne Personal) wurde auf 121 Mio. € festgelegt.

Für das Referat für Gesundheit und Umwelt wurde festgelegt, dass eine Zuschaltung in Höhe von 36,80 VZÄ (im Eckdatenbeschluss gefordert: 66,50 VZÄ) und Sachmittel in Höhe von 5.008.822 € (im Eckdatenbeschluss gefordert 6.631.822 €) für das Haushaltsjahr 2019 zulässig sind.

Die Umsetzung der geplanten Beschlüsse ist in Anlage 1 zusammenfassend dargestellt.

Mit den dargestellten Vorhaben ergibt sich für das Referat für Gesundheit und Umwelt insgesamt ein finanzieller Mehrbedarf an Sachmitteln in Höhe von 4.744.200 € und ein personeller Mehrbedarf in Höhe von 36,75 VZÄ.

| | Anmeldung im Eckdatenbeschluss | Vorgabe Eckdatenbeschluss | Umsetzung des Eckdatenbeschluss |
|------------|--------------------------------|---------------------------|---------------------------------|
| Personal | 66,5 VZÄ | 36,8 VZÄ | 36,75 VZÄ |
| Sachmittel | 6.631.822 € | 5.008.822 € | 4.191.000 € |

Darin sind für die Städtischen Friedhöfe München als gebührenrechnende Einrichtung Sachmittel in Höhe von 773.400 € und eine Stellenzuschaltung in Höhe von 11 VZÄ geplant. Bei der Berechnung der geltenden Höchstgrenze wurden alle Stellen eingerechnet, davon sind 10 VZÄ gebührenfinanziert.

Für die „Förderung der Ladeinfrastruktur“ werden im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017 bis 2020“ zusätzliche 4 VZÄ gefördert. Diese refinanzierten Stellen sind in der Stellenausweitung enthalten.

Grundsätzlich sind alle geplanten Beschlüsse zwingend im Oktober einzubringen. Zu den Abweichungen ist Folgendes auszuführen, soweit diese in den Einzelheiten nicht in den Beschlussvorlagen der heutigen Sitzung näher dargestellt sind:

Nr. 1 „Meldepflichtige Infektionskrankheiten im Asylbereich“

Nr. 2 „Untersuchungen nach § 62 AsylG“

Aufgrund aktualisierter Ergebnisse der Stellenbemessungen und der Erleichterungen aus dem Eckdatenbeschluss zum Haushalt 2019 wurden die Beschlüsse nicht weiterverfolgt.

Nr. 8 „Hebammenvermittlung für Münchnerinnen“

Die benötigten Mittel können reduziert werden, im Vorgriff auf das für Oktober 2018 erwartete Förderprogramm des Freistaats „Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern“ (siehe Darstellung in der entsprechenden Sitzungsvorlage).

Nr. 6 „Frühe Hilfen“

Die Federführung für die Beschlussvorlage liegt beim Sozialreferat. Eine vorberatende Behandlung erfolgte in der gemeinsamen Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses

zusammen mit dem Gesundheitsausschuss am 09.10.2018.

Nr. 14 „Versorgung für junge Schwangere erweitern“

Die benötigten befristeten Mittel wurden mit der Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 10361 „Geburtshilfe I“, VV vom 25.04.2018 bereits beantragt.

Nr. 19 „Anmietung Interimsstandort/Konzept RGU“

Nr. 23 „Interimsunterbringung von Organisationseinheiten des RGU“

Ein Ausweichstandort konnte bis jetzt nicht gefunden werden, die Mittel werden aus heutiger Sicht nicht in 2019 benötigt.

Nr. 30 „Erstellung einer Konzeption Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Für die Finanzierung sollen Mittel aus dem bisherigem EKSP - Erweitertes Klimaschutzprogramm im Rahmen einer Sitzungsvorlage im Umweltausschuss am 20.11.2018 verwendet werden. Es wird keine Budgetausweitung benötigt, da die Finanzierung aus dem Referatsbudget erfolgt.

Nr. 31 „Förderung der Ladeinfrastruktur“

Die hier beantragte Stellenausweitung von 4 VZÄ entspricht den Vorgaben des Eckdatenbeschlusses. Diese müssen im Stellenplan aufgeführt sein, daher erfolgt eine Anmeldung im Haushalt. Die Sach- und auch die Personalmittel werden zu 100 % durch Fördergelder des Bundes finanziert. Die Personalmittel werden im Haushalt regulär dargestellt. Die Sachmittel werden auf einem Verrechnungskonto abgebildet. Der Ausgleich der Personalmittel erfolgt dann im Rahmen des Haushaltsvollzugs.

Die refinanzierten Stellen wurden im Eckdatenbeschluss für die Berechnung der Stellenhöchstgrenze des RGU inkludiert.

Nr. 32 „Integriertes Handlungsprogramm Klimaschutz in München“

Beim Beschluss für das „Integrierte Handlungsprogramm Klimaschutz in München“ liegt eine Beteiligung von vielen Referaten der Stadt vor. Ein gemeinsamer Ausschuss wäre hier nicht zweckmäßig. Daher wird die Sitzungsvorlage in die Vollversammlung am 24.10.2018 eingebracht.

Für die Klimaanpassungsmanagerin / Klimaanpassungsmanager werden beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Fördermittel in Höhe von ca. 60 Tsd. € beantragt.

Nr. 24 „DSGVO“

Die zusätzlichen Stellen und die benötigten Sachmittel werden zentral vom Direktorium für die Aufgabe gefordert.

Die Korreferentin des Referates für Gesundheit und Umwelt, Frau Stadträtin Sabine Krieger, die für das Referat für Gesundheit und Umwelt zuständige Verwaltungsbeirätin Frau Stadträtin Dr. Manuela Olhausen und die zuständigen Verwaltungsbeiräte Herr Stadtrat Dr. Ingo Mittermaier, Herr Stadtrat Jens Röver und Herr Stadtrat Prof. Dr. Hans Theiss sowie die Stadtkämmerei und das Personal- und Organisationsreferat haben einen Abdruck der Vorlage erhalten.

II. Bekannt gegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der Vorsitzende

Die Referentin

Ober-/Bürgermeister

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin

- III. Abdruck von I. mit II.
über das Direktorium HA II/V - Stadtratsprotokolle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an das Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
- IV. Wv Referat für Gesundheit und Umwelt RGU-RL-RB-SB
zur weiteren Veranlassung (Archivierung, Hinweis-Mail).